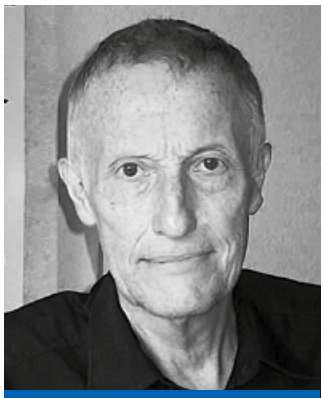
Keine Partizipation ohne Citoyens und keine Citoyens ohne Partizipation



Prof. em. Dr. Guy Kirsch

„Gorleben", „Startbahn West" und andere Aktionen mochte man noch als eine Art Happening umweltfixierter Randgruppen ansehen – nun aber, mit „Stuttgart 21" und „Occupy Wall Street", tönt der Widerspruch aus der Mitte der Gesellschaft. Sogenannte normale Menschen beanspruchen gehört zu werden und geben sich nicht mehr mit dem Hinweis zufrieden, dass ein jeder von ihnen in einem demokratisch-parlamentarischen System eine Stimme hat.

In dieser Situation ist es verständlich, dass die direkte Bürgerpartizipation verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerät. Dem Unbehagen, ja dem Unmut der Wahlbürger soll dadurch begegnet werden, dass diese unmittelbar in dem politischen Entscheidungsprozess intervenieren können. Das ist eine – wenigstens für die Bundesrepublik – neue Entwicklung, galt doch bislang in der breiten Öffentlichkeit die direkte Demokratie eher als eine Praxis, die für die ohnehin speziell-andersartigen Schweizer typisch und sinnvoll sein mochte, aber für Deutschland eher nicht in Frage kam. Und nun soll plötzlich, was bis dahin eher eidgenössisch als bundesrepublikanisch gegolten hat, zur Antwort auf die Wut der Bürger, zur Praxis werden. Die Frage ist, ob dies so einfach geht. Offensichtlich haben diesbezüglich selbst jene, die der direkten Partizipation das Wort reden, schon mal ihre Zweifel. Wie anders wäre zu erklären, dass auch sie häufig nur von Dialog, von Anhörung, seltener aber von wirklicher Mitentscheidung reden. Ganz so, als sei es „schön, dass wir darüber geredet haben", als genüge es, dass die Bürger sagen können, was ihnen gefällt und was ihnen missfällt, und dass anschließend das politische und administrative Establishment beschließt, was zu tun und was zu unterlassen ist.

Auch dann, wenn dies kaum offen zugegeben wird, scheint nicht selten die Bürgerbeteiligung als ein Mittel der Entfrustung der Bürger angesehen zu werden. Die Bürger sollen dort Dampf ablassen können, wo sie mangels bürgerlichen Engagements und solider Sachkenntnis ohnehin zu verantwortlichen Entscheidungen nicht bereit und fähig sind: Besser sei es, diese Entscheidungen jenen zu überlassen, die in Regierungen, Parlamentskommissionen und Verwaltungsbüros über die nötige Zeit und die erforderliche Sachkenntnis verfügen.

Selbstverständlich mag man diese Sicht als unsympathisch, elitistisch, undemokratisch weit von sich weisen wollen. Die Frage ist, ob man das tun soll oder ob nicht wenigstens die Vermutung zulässig ist, dass die Deutschen – im Gegensatz etwa zu den Schweizern – für die direkte Demokratie, für das tatsächliche direkte Mitentscheiden noch nicht geeignet sind. Dass man diese Frage zulassen soll, wird spätestens dann klar, wenn man in einem ICE der Deutschen Bahn oder aber in einem Zug der Schweizerischen Bundesbahnen fährt. In diesem kann man immer wieder Fahrgäste beobachten, die engagiert, nicht immer vollkommen, aber immerhin informiert über „unsere Schweiz" diskutieren. Dies im Gegensatz zu deutschen Zügen, wo man – wenn überhaupt über Politik geredet wird – auf „die in Berlin" schimpft. Mit anderen Worten: In Schweizer Zügen kann man Citoyens treffen; in deutschen hingegen Untertanen. Jene besprechen ihre eigenen Angelegenheiten; diese maulen über das Herrschaftsgebaren jener, die in eigenen und in fremden Augen offensichtlich Übermenschen sind. Damit stellt sich die weitere Frage, warum den Schweizern gelingt, was den Deutschen offensichtlich Schwierigkeiten bereitet. Will man nicht unterstellen, dass die Schweizer, nicht aber die Deutschen genetisch auf Citoyen programmiert sind, so gibt es nur eine Antwort: Die Eidgenossen sind Citoyens, weil sie schon seit langem direkt-demokratisch ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden. Weil sie selbst immer wieder konkrete Sachfragen entscheiden können, haben sie ein Interesse daran, sich zu informieren, entwickeln sie auch das Gefühl, dass es um ihre Angelegenheiten geht. Und weil es gemeinhin konkrete Sachfragen sind, über die direkt-demokratisch entschieden wird, findet eine öffentliche Diskussion statt, die sich nicht in leerer Wahlkampfrhetorik von Parteien erschöpft, sondern auch im Austausch von Sachargumenten geführt wird.

Dies bedeutet nicht, dass in der Bundesrepublik das Engagement für eine Stärkung der Bürgerpartizipation erfolglos sein muss. Es bedeutet vielmehr, dass – einerseits – die Aussicht besteht, dass die Einführung und Stärkung direkt-partizipativer Elemente jene Citoyens heranbildet, ohne die eine direkte Demokatie nicht funktionieren kann. Es bedeutet – andererseits – aber auch, dass Geduld, Behutsamkeit, Ausdauer und Augenmaß bei der Einführung direkt-demokratischer Mechanismen nötig sind.

Soll die direkte Partizipation eine Chance haben, so müssen die Deutschen lernen, Citoyens zu sein. Citoyens aber können sie nur werden, indem sie unmittelbar partizipieren.

Prof. em. Dr. Guy Kirsch
Universität Fribourg/Schweiz